

wir mitzuarbeiten auf dem Gebiete der Kulturpolitik, an der Umgestaltung unseres Erziehungs- und Bildungswesens. Der Weg ist auch hier durch die Artikel 141 bis 150 der Verfassung gewiesen und das Grundschulgesetz ist der erste Schritt zur Einheitschule und damit zur geistigen Einheit und Freiheit des deutschen Volkes. In der Wirtschaftspolitik sowohl wie in der Kulturpolitik sind die bürgerlichen Parteien gemindert für den freibürgerlichen Fortschritt. Wenn wir eine Vorwärtsentwicklung wollen, können wir nur sozialdemokratisch wählen.

Das Bürgerliche Gesetzbuch ebenso wie das Strafgesetzbuch bedürfen einer gründlichen Reform, um sie mit der Verfassung in Einklang zu bringen und die Frauen auch gesellschaftlich frei zu machen.

Diese gewaltige Arbeit ist nur zu leisten, wenn endlich Ruhe in unserem Lande wird, wenn die Putzschneiderei aufhört, wenn wir in ein geordnetes Finanzwesen kommen und wenn die Mehrheit des kommenden Reichstages den festen Willen hat, die Umgestaltung der sozialistischen Staats- und Wirtschaftsordnung zur sozialistischen auf demokratischem Wege zu erreichen.

Wenn wir Frauen diesen Weg der harten Arbeit aber des sicheren Aufbaues einer glücklichen Zukunft mitgehen wollen, dann wählen wir am 6. Juni die Liste der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Verlegenheitsgestammel.

Der unerreichbare Herr Hergt.

Zwei Tage lang hat die alldeutsche Presse zu dem von uns veröffentlichten Gespräch Heilmann-Hergt in idyllischer Verlegenheit geschwiegen. Jetzt endlich rückt die „Korrespondenz der Deutschen Nationalen Volkspartei“ mit einem kläglichen Bestammel heraus. Herr Hergt sei momentan in Westdeutschland auf Wahltag, und daher sei es bisher nicht möglich gewesen, eine Mitteilung von ihm herbeizuführen. (Die Herren verstehen sich doch sonst so gut auf Telegraphieren! Ob Herr Hergt wohl noch vor dem 6. Juni aus seiner westfälischen Unausfindbarkeit zurückkehren wird?)

Obwohl nun die „Korrespondenz der Deutschen Nationalen Volkspartei“ selber gesteht, von der Sache nichts zu wissen, so behauptet sie doch dreist und fest, daß das Protokoll „den Stempel abschließlicher oder versöhnlicher Verdrehungen an der Stenographie“ ohne den Schatten eines Beweises wird diese Behauptung aufgestellt.

Herr Hergt scheint aber hierin anderer Ansicht zu sein, als seine Parteikorrespondenz. Als er noch an den Sieg von Rapp und Wittich glaubte, da legte er auf die Vertraulichkeit der Unterredung keinen Wert. Nachdem jedoch der Rapp-Putz gescheitert war, da beschwor er den Genossen Heilmann, die Unterredung als streng vertraulich zu behandeln, was Heilmann freilich nicht mehr konnte, da er gleich nach der Unterredung verschiedenen Instanzen über ihren Verlauf Bericht erstatten hatte. Wir erinnern die „Deutschen Nationalen Parteikorrespondenz“ auch an einen kleinen Zwischenfall in der Preussischen Landesversammlung. Während einer Rede Heilmanns spielte ein Fraktionskollege des Herrn Hergt mit einem Zwischenruf auf das Gespräch vom 13. März an. Darauf kam Herr Hergt auf den Zwischenrufer zugestürzt, drückte ihn auf seinen Platz nieder und suchte ihn mit allen Mitteln zum Schweigen zu bringen. — Herr Hergt muß wohl danach doch ein Gefühl dafür gehabt haben, wie sehr ein Eingehen auf die Unterredung ihn und seine Partei kompromittieren würde.

Todesanzeigen oder Politik?

Die reaktionäre Presse nimmt große Enttäuschung darüber, daß der „Vorwärts“ nach der Beendigung der Kämpfe im Ruhrgebiet die Todesanzeige eines Sturmabteilungsführers für seine gefallenen Kameraden abgedruckt hat.

Falsche Fernspreverbindungen.

Von Karl Ammon.

An anderer Stelle sind in der letzten Nummer unseres Blattes Einwürfe gegen die neue Zahlenausdrucksweise erhoben worden, die sich auf Urtel der das Telefon Bedienenden stützen. Es wird interpelliert, die Gründe näher kennen zu lernen, welche die Reform unterstützen.

Falsche Fernspreverbindungen sind ärgerlich, und manche Teilnehmer schreien immer gleich aus der Haut, wenn ihnen dieses große Unglück einmal passiert, obwohl es bekanntlich schwer ist, wieder hineinzufindeln. Aber abgesehen davon sollten sie auch bedenken, daß es 3. A. Anfängerinnen gibt, bei denen man ein kleines Versehen wohl einmal entschuldigen kann, und daß ein modernes Fernsprechamt eben eine sehr verwickelte Einrichtung ist. Wenn man den ganzen Tag gegen 10 000 oder noch mehr Sprechfelder zu hören gezwungen ist, so kann es vorkommen, daß man sich einmal vergriffelt, selbst wenn der beste Willen vorhanden ist. Und der ist vorhanden. Das ist meine feste Überzeugung (ich bin nicht bei der Post!), denn wenn er nicht vorhanden wäre, so funktionierten unser Fernsprechtzettel überhaupt nicht mehr, da infolge Nachschlafmangels die Beamten alle überlastet sind. Und er funktioniert doch noch! Aber nur dank der Gewissenhaftigkeit der Beamten.

Zum Glück kann man die falschen Verbindungen einschränken, und daran wird dauernd gearbeitet, wenn das auch der Teilnehmer nicht so merkt. Aber von einer dieser Arbeiten hat er doch vielleicht Kenntnis bekommen, und es wäre sogar gut, wenn er dazu etwas mitteilen wollte, daß sie gelingt, denn er dient sich ja am meisten selbst damit, wenn er nicht mehr falsch verbunden wird.

Es ist die neue Zahlenausdrucksweise, um die es sich handelt: Die meisten falschen Verbindungen entstehen ja dadurch, daß Nummern falsch verstanden werden. Die deutsche Sprache ist dazu wie geschaffen, die Veranschaulichung von Zahlen zu begünstigen. Da gibt es 3. A. zahlreiche Zahlen mit „ei“, und da ein Ei dem anderen bekanntlich so ähnlich sieht wie das andere, so ist dann das Unglück da. Die Veranschaulichung ist deshalb ganz besonders naheliegend, weil wohl das „ei“ durch den Dacht ziemlich unverändert hindurchgeht — aber nicht das Drum und Dran: die Konsonanten, die Mitlauter. So klingt z. B. 2 genau wie 3, besonders über Kabel, desto

*) Wie indes in den Kreisen der Beamten geurteilt wird, ist die weitestgehende Zahl der falschen Verbindungen eben nicht auf falsches Versehen bei der gewöhnlichen Zahlenausdrucksweise des Teilnehmers zurückzuführen, sondern auf einen menschlich erklärlichen Mangel des Fernsprechtzettelns in den Stunden der stärksten Telefonbelastung: das „Käselein“ „höpelt“ irrtümlich in ein falsches Nummernfeld ihres Schrankes. Red.

Hierzu bemerken wir: Nach den Wärrkämpfen sind uns eine ganze Anzahl sogenannter „Todesanzeigen“ von verschiedenen Truppenteilen zugegangen. Diese Todesanzeigen waren durchwegs in einem Stil gehalten, der sonst bei Todesanzeigen nicht üblich ist. Anstatt sich um die Tote um die Gefallenen zu beschranken, ergingen sich diese Anzeigen in heftigen Beschimpfungen des Gegners und in allerhand politischen Betrachtungen. So hieß es in der Todesanzeige eines Freikorps, daß die Verstorbenen im Kampf gegen „Mäurer und Mörder“ gefallen seien, in der von der Reichspresse namentlich aufgeführten Todesanzeige des Sturmabteilungsführers der 3. Marinebrigade steht u. a. der Satz: „Ihr (der Toten) Andenken wird uns hüten und hüten machen.“

Wir sind der Ansicht, daß Todesanzeigen nicht der Ort sind, um Haß- und Rachegefühle auszutoben, und daß insbesondere der „Vorwärts“ nicht der Ort ist, um Leute, die auch für ihre Ideale gefallen sind, mit gemeinen Schimpfwörtern zu belegen. Todesanzeigen, deren Text sich auf das natürliche Gefühl der Achtung vor den Toten beschränkt, werden wir jederzeit aufnehmen, von welcher Seite sie auch kommen. In Haß- und Rachegefühlen aber erblicken wir eine Verletzung der den Toten gebührenden Achtung.

Offenherziges Geständnis.

Deutschnationale und Deutsche Volkspartei sind eins!

In einem Leitartikel der „Voh“ über staatsverhaltende Wahlen finden wir folgende freimütige Erklärung, die voll bestätigt, was wir über das geheime Wahlabkommen zwischen den beiden Rechtsparteien geschrieben haben:

Was die beiden Rechtsparteien, die Deutschnationale und die Deutsche Volkspartei, vor einander trennt, ist völlig belanglos gegenüber dem, was beiden Parteien gemeinsam ist. Niemand dürfte sich heute einfallen lassen, zu behaupten, daß sie sich bekämpfen. Sie gehen Schulter an Schulter, ja fast Hand in Hand in den Wahlkampf. Der Generalsekretär der Deutschen Volkspartei Strobel wurde in dem Augenblick ausgemerzt, als er diesem Einvernehmen durch die Veröffentlichung seiner Broschüre Abbruch zu tun im Begriffe stand. Niemand wäre eine für die Rechtsparteien so selbstverständliche Schlussfolgerung bei den Wahlen denkbar. Sie stehen nicht nur im Kampf gegen die anderen, sondern auch untereinander.

Der letzte Satz sollte namentlich den Linksrädikalen zu denken geben, die auch jetzt in diesem Wahlkampf anstatt Kampf gegen rechts nur Er-überkampf und Selbstzerfleischung zu läden wissen.

Die Lehrerschaft bei den Reichstagswahlen.

In einer öffentlichen Lehrerversammlung und Lehrerbinnenversammlung, die gestern der Gruppe Berlin der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands nach den Sophienjahren einberufen worden war, sprach vor einer zahlreichen Zuhörerschaft der Staatssekretär Genosse Heinrich Schulz über die Bedeutung der Reichstagswahlen für Schule und Lehrerschaft.

Die Schicksalsfrage der deutschen Schule nannte er die Reichstagswahlen, bei denen das jetzt politisch freigewordene deutsche Volk über sein Geschick entscheiden wird. Davon, was für eine Volksvertretung in den Reichstag entsandt wird, hängt auch ab, was für eine Schule wir durch ihn bekommen sollen.

Das Grundschulgesetz der Nationalversammlung ist erst ein bescheidener Anfang, aber mit ihm haben wir die Bahn für die Reichschulgesetzgebung eröffnet, die der Reichstag fortsetzen muß. Folien werden die wichtigsten Entscheidungen über die Schule im Reichstag fallen, und seine nächste Aufgabe wird das Lehrerbildungsgesetz sein. Die zuverlässigste Gewähr für einen sicheren Fortgang der Schulreform im Sinne innerer und äußerer Freiheit der Schule hat das deutsche Volk bei der Sozialdemokratie. (Beifall.) Hätten die rechtsstehenden Parteien für die Schule tun wollen, was sie jetzt vor den Wahlen versprochen, so hätten sie früher unendlich viel Zeit dazu gehabt. (Beif. Zustimmung.) Die Sozialdemokratie hatte erst seit November 1918 die Möglichkeit, etwas für die Schule zu tun, und sie hat bereits manches für sie getan. Wenn sie nicht schon

Ihr Schulfeind!

im weitesten Umfang vermittelten konnte und sich leider mit dem Schulkompromiß abfinden mußte, so trifft die Schuld das

mehr natürlich, je länger sie sind. Deshalb ist die Aussprache „zwo“ für 2 eingeführt worden, so daß die 1er Nebenstand nunmehr endgültig behoben ist — soweit die Sprechenden eben „zwo“ sagen. Aber 1 ist auch eine Eierzahl und wird namentlich mit 9 verwechselt, besonders bei 21, 31 usw., wo 1 ohne 9 gesprochen wird: ein-und-zwanzig klingt schon in gewöhnlicher Sprache beinahe wie neun-und-zwanzig. Man muß also das 3 recht scharf sprechen und auch in diesen Zusammenhängen sagen: ein-und-zwanzig, ein-und-dreißig usw. Um die 9 noch deutlicher davon zu unterscheiden, muß man etwa wie „nohn“ aussprechen (mit kurzem o und langem n). Gedruckt sieht das ganz gefährlich aus; beim Sprechen ist es lange nicht so schlimm. Bei 8 muß man zum Unterschied das 3 recht deutlich hervortreten lassen, denn es hört sich ganz besonders gern in Nebeln auf und kommt dann am andern Ende nicht zum Vorschein. Manchmal fällt es schwer, es nach 3 gut zu sprechen, man kann deshalb das 3 ganz weglassen und drei sagen. Das 3 kommt nämlich durch Kabel überhaupt nicht durch, es ist also ganz gleichgültig, ob man es spricht oder nicht.

11 verwechselt man sehr leicht mit 12. Es ist deshalb gut, die 12 zweifelhig zu sprechen, etwa wie zwölz (nicht zwölft!), und sich bei den Zahlen 4, 5 und 7 ebenso zu helfen, wobei man beide Silben gleich hart betont: vierer, funner (nicht funner!), fiebän. Wie bei 7 spricht man auch das erste 3 von sechs scharf.

An dem Beispiel von 4 und 7 sehen wir, daß man für e besser ä sagt. So verfährt man auch bei zehn, fünf und hundert.

Seitdem die Beamten zu sprechen, haben sie bei der Zahlenübermittlung weit weniger Fehler. Der Fortschritt ist in die Augen springend. Er wäre es noch mehr, wenn die Teilnehmer auch so sprächen, und wenn sie wenigstens die Regeln beherrschten, die schon seit Jahr und Tag vorn im Teilnehmerverzeichnis empfohlen sind: zum Beispiel zur Vermeidung der Verwechslung von 13 bis 19 mit 30 bis 90 statt der vollen Zehnerzahlen 3-null, 4-null zu sagen, aber 13, 14 nach dem allgemeinen Brauch zu sprechen. Merkwürdig ist auch, daß man beim Sprechen der vollen Hunderte w, ein-null-null, fünf-null-null, Ganz besonders vorsichtig muß man aber bei den Zahlen 1001 bis 1009 sein. Verlangt man hierbei in der üblichen Gruppeneinteilung hundert-27, so bekommt man natürlich nicht 10027, sondern 127. Man verlange in diesem Fall 10-tausend-27.

Freilich nicht jeder Teilnehmer hat Zeit und Lust, sich in alle diese Regeln zu vertiefen; man sollte daher durch entsprechende Druck der Zahlen im Teilnehmerverzeichnis wenigstens diese Punkte angeben besetzen, über die eigentlich jeder stolpert, der nicht gerade

deutsche Volk, das ihr nicht zu einer härteren Vertretung in der Nationalversammlung verholfen hätte. (Sehr richtig!) Die Schule hat ihren Feind rechts, von dort her hat sie Gefahren zu fürchten. (Wahr!) Das Grundschulgesetz kann nicht zurückgeschraubt werden! (Wahr!) Und eben deshalb haben wir uns bemüht, es unter Tode zu bringen. Jetzt muß die Wählerschaft dafür sorgen, daß kein neues Reichstag die deutsche Schule gut aufgehoben ist. Es darf in der Schulreform kein Rückwärts, sondern nur ein Vorwärts geben. Wer das will, der muß am 6. Juni für die Sozialdemokratie stimmen. (Beif. Beif.)

In Stelle des erkrankten Ministers Genosse Haenisch, der neben Schulz als Redner angekündigt worden war, sprach der Hamburger Schulreformer Genosse Joh. Schulz über die

Schulforderungen der Sozialdemokratie.

Jeder Lehrer müsse zum Agitator für diese Forderungen werden, von deren Bewirkung die Zukunft der Schule und die Höherentwicklung unseres Volkes abhängt. Es handelt sich darum, das deutsche Volk als Kulturvolk wieder auf die Beine zu bringen. (Beif. Beif.)

Unter den Versammlungsteilnehmern war auch die Opposition von rechts vertreten. Während der Referate machte sie sich mehrfach durch Unruhe bemerkbar. In der Diskussion schrien ihre Redner, daß sie von dem Sozialismus, den sie bekämpften, eine möglichst unklare Vorstellung haben. Eine satirische Reihe anderer Redner bekannte sich freudig zum Sozialismus, der so mandem Lehrer erst wieder seinen Wert liebenswert und das Leben lebenswert machen wird. Ein Deutschdemokrat glaubte einwenden zu sollen, die Schulforderungen der Sozialdemokratie seien ja alte Forderungen der Lehrerschaft. Nun, so möge das ein Grund mehr für die Lehrerschaft und für alle Freunde der Schule sein, am 6. Juni sozialdemokratisch zu wählen.

Tagung des Deutschen Beamtenbundes.

Auf dem außerordentlichen Vertretertag des Deutschen Beamtenbundes vom 26. bis 28. Mai gelangten drei Entschlüsse mit übertrugener Mehrheit zur Annahme, in denen die Billigung der zur schnellen Niederwerfung des Rapp-Putzes getroffenen Maßnahmen sowie die Verpflichtung der Beamtenschaft ausgesprochen wird, die Verfassung auch künftig vor jedem Angriff zu schützen. Der geschäftsführende Vorstand des Deutschen Beamtenbundes wurde beauftragt, mit den Gewerkschaften der Arbeitnehmer unverzüglich in Verbindung zu treten, um die Durchführung der Verwaltungsreform auf demokratischer Grundlage und anderer für die Beamtenschaft in den Vordergrund stehenden Punkte in die Wege zu leiten.

Im Laufe der heutigen Tagung beschäftigte sich der Beamtentag mit dem gewerkschaftlichen Ausbau seiner Organisationen.

Weiter wurde vom Gewerkschaftsbund der deutschen Eisenbahnbeamten die Annahme einer Entschlüsselung beantragt, in der dem Deutschen Beamtenbund das Vertrauen der Vertretertagung ausgesprochen wird.

Die Not der Lazarettinsassen.

Noch immer befinden sich in den Lazaretten verwundete und Kranke aus der Kriegszeit, deren Wundheilungen nicht beendet werden konnten und die daher mit Juck und Neid als die Schwertbeschnittenen des Weltkrieges bezeichnet werden können. Leider entsprechen die Verhältnisse, die diese Verwundeten und Kranken begeben, in keiner Weise der herrschenden Teuerung. Mit Unmut müssen diese Kriegsgeliebten sehen, wie die in gleichen Lazaretten behandelten Angehörigen der Reichswehr und Freikorps bedeutend besser gestellt sind als sie, die doch im Kriege unter noch schwereren Verhältnissen ihr Leben eingesetzt haben. Um ihren Forderungen auf Besserung ihrer Verhältnisse mehr Nachdruck zu verleihen, wollen die kriegsgeliebtesten Lazarettinsassen in einer großen Rundgebung an die Öffentlichkeit appellieren. Diese findet am Sonnabend, den 29. Mai, nachmittags 2 Uhr, im Lehrerbereinshaus (Alexanderplatz) statt.

In dem Beleidigungsprozeß des früheren Reichsfinanzministers Erberger gegen den verantwortlichen Schriftleiter der „Deutschen Zeitung“, Dr. Ernst Wäldt, der am 20. November d. J. verhandelt und verurteilt wurde, ist neuer Verhandlungstermin auf den 6. Juli vor der 7. Strafkammer des Landgerichtes I Berlin anberaumt. Für die Verhandlung sind zehn Tage in Aussicht genommen.

regelmäßig mit Fernsprecherei zu tun und der sich nicht mit diesen Fragen befaßt hat. Aber eine gute Zahlenausdrucksweise darf wohl vom Teilnehmer erwartet werden — es handelt sich schließlich nur um die wenigen Zahlen von 0 bis 12 und um die Zahl 100, die er sich einprägen muß, und dabei ändert sich die Zahl 8 gegen den Sprachgebrauch gar nicht, andere, wie z. B. 6, kaum. Jeder fragt freilich zuerst, wenn ihm das zugeworfen wird und hält es für unmöglich. Aber wer es einmal erdentlich probiert hat, der weiß dabei, denn die Sache ist gut. Und wer es nicht selbst geliebt hat, der sollte daran denken, daß er durch eine sachgemäße Aussprache den Fernsprecherinnen ihren wirklich anstrengenden und nervenverbrauchenden Dienst erleichtert.

Ein junger Schweizer Dichter sagte gestern im dämmerigen Raum der Kammertheater in den glühenden Nachmittags eine lyrische Stunde, die nicht verloren war. Sein Name ist E. D. Steinberg. Er ist nicht ein Suchender, bewegt sich bereits ausgesprochen sicher. In der Zeit der jungen ausgewählten Gegenwartskämpfer geht er nicht, doch er hat Kraft. Die künstlerische, geistige Kultur der letzten großen Schweizer, Konrad Ferdinand Meyer und Karl Spitteler, spürt in seiner episch-lebendigen, fest, klar, lebend, in gewählten Bildern gehaltenen Lyrik, und in den andern, verschimmernden gelehrten Prosaformen, die er selbst las, weht ein Lebensflug durchführendes Naturphänomen, wie es etwa Hermann Hesse eigen ist. Doch er geht seinen Weg in Form und Klang und Besatz sehr selbständig, schreitet als ein nach Aufnehmender durch die Hülle der Dinge, lebt alles — dies ist wesentlich — in der unmittelbaren Gegenwart, auch die alttestamentlich balladischen Stoffe, die er gewollt durchdringt, den energischen Kunstwillen Franzes Kafkas zeigen, und hat in keinem empfänglich werten Werk erfahren ein Versehen, das keine Heberhebung des Wissens leidet und so ein Mittel wird, die unendliche Größe der Natur um so deutlicher zu veranschaulichen. Ein schönes Gedicht „Anbetung“, von Franzes Kafkas als letztes gesprochen, war eine Entfaltung weitestgehender Fühlens und schloß verführendstark:

Die Welt, von Haß und Qualen ausgefüllt,
Irgend bildet sie ein ausgesamter Vogel,
Um dich und mich und alle hingezogen.

Der Deutsche Werkbund hat den Vorstehen seiner Geschäftsstelle, Prof. Dr. Ernst Haeckel, zum Vertreter im vorläufigen Reichsrat ernannt.

Theater. Am Friedrich-Wilhelms-Operntheater wird vom 1. Juni ab „Erdens Himmels“ in der Fassung des Reichstheater gegeben. — Max Wallenberg spielt bis Ende Mai im Theater des Reichstages den Jambouli in „Familie Schmal“, vom 1. Juni ab im Deutschen Theater die Hauptrolle im Schauspiel „Auch ich war ein König“, — In „Schall und Rauch“ wird Maria Orska im Juni eine Szene von Teodor Linnert spielen.

Gegen den Vorstand der Wissenschaft hat die deutschherrenliche Staatsregierung drei Millionen Kronen zur Verfügung gestellt, um den dringendsten Bedarf an Instrumenten und Materialien für den Rest des laufenden Sommersemesters zu decken.

Der Wahlkampf.

Demokratisches Hohngelächter.

Öffentliche Wählerversammlung in Sonneberg. Von den Demokraten eingeladenen Hrn. Dr. Gertl. Baumert sprach über die innere Erneuerung Deutschlands. In der Diskussion wies er auf die Gefahr hin, die die kommende Arbeitslosigkeit für und fördert die Unzufriedenheit, fast ausschließlich Bürgerliche, auf die Arbeitlosen in der kühnen Zeit der Not tatkräftig zu unterstützen. Die Antwort der Versammlung war ein — schallendes Gelächter. Vergebens veruchten der Versammlungsleiter und die Referentin, diese Tatsache abzuwehren. Lauter als alle demokratischen Phrasen von einer „Volksgemeinschaft“, von der Sinn- und Zweckmäßigkeit des Kampfes, da es doch gar keinen schroffen Gegensatz zwischen den Klassen gibt! — lautete als alle die Phrasen kühner jenes Hohngelächter den Abgrund, der zwischen dem Proletariat und der bürgerlichen Klasse, zwischen dem Besitzlosen und dem Besitzenden besteht.

Volksgemeinschaft? Tatkräftige Unterstützung des armen Bruders? Nächstenliebe und Nächstenhilfe, wie sie die christliche Kirche lehrte und forderte — Die Antwort ist — ein Hohngelächter! Arbeiter, Arbeiterinnen! Verzeiht diese Antwort nicht am 6. Juni! Sorgt dafür, daß nicht jene, sondern wir am Tage der Wahl die Losenden sind! Wer zuletzt lacht, lacht ja bekanntlich am besten! Gebt den Demokraten die ihnen gebührende Quittung für diese Verhöhnung eurer Menschenrechte!

Dann ist alles aus!

Unter der Überschrift „Der Volkswindismus auf dem Lande“ bringt die „Deutsche Tageszeitung“ eine Zusammenstellung von Schwarzmeldungen, die sich als ganz großer Schwindel entpuppt, denn es handelt sich um Kämpfe zwischen Verfassungstreuen und Reichshörschwärzern, die sich aus Anlaß des Kapp-Putsch am 13. März abspielte. In was für Mitteln im übrigen die „Deutsche Tageszeitung“ greift, um das Vorhandensein einer gefährlichen hörschwärzischen Bewegung zu konstruieren, das zeigt eine Meldung aus dem Kreise Himmelsburg (Hinterpommern), die lautet:

„Einbruch und Diebstahl nehmen überhand, um so mehr, als Gerichtsbehörden, wegen Strafangelegenheiten, nicht genügend durchgreifen. So wurde z. B. ein Einbruch, bei dem 20 Liter Spiritus erbeutet wurden, dieser als Mandraub bestraft.“

Ja, wenn die preussischen Amtsdirektoren Hinterpommern bereits im Dienste des Volkswindismus stehen, dann ist freilich alles verloren!

Selbstbildnis.

Im Augustheft 1919 der konservativen „Preussischen Jahrbücher“ lesen wir in einem Aufsatz über Rudolf Huch von Dr. Werner Wahrholz:

„Die Heuchelei ist ja eine spezifisch bürgerliche Aeußerungsweise der menschlichen Natur und zwar aus dem Grunde, weil der Mensch immer da heuchelt und heucheln muß, wo er seine Natur verliert, sich schämt und von der Natur sich entfernt. In seiner Gesellschaftsordnung ist diese Entfernung von der Natur ausgeprochen als in der bürgerlichen, und so ist die Heuchelei geradezu ein Hauptleider der bürgerlichen Menschen.“

Eine Gesellschaftsform, die sich selbst detart charakterisiert, richtet sich damit auch selbst. Also bleibt dem Aufrechten und Wahrhaften kein anderer Ausweg, als herauszutreten aus der bürgerlichen Gesellschaft und sich denen anzuschließen, die aus diesem bürgerlichen Sumpf herausführen. Der Tag der Wahl wird der Tag des Gerichts und des sich Wiederfindens sein.

Die Dolchstoßlegende.

Deutsche Offiziere in der Türkei.

Zu der Frage, wer das Heer erdolcht hat und wodurch es erdolcht worden ist, liefert der nachstehende Befehl, den wir im Wortlaut bringen, einen beachtenswerten Beitrag:

Deutsche Stappen-Inspektion
Jildesheim
Damaskus, den 22. 5. 1918,
Nr. 84 persönlich.

An den deutschen Stappenkommandanten in Aleppo.
Es ist mir bekannt, daß der längst bestehende Befehl, daß die Vorbildstrafen in Aleppo von deutschen Offizieren nicht be-

traten werden dürfen, in keiner Weise befolgt wird. Ich weiß, daß nicht nur Mannschaften, sondern sogar deutsche Offiziere in Uniform die dort befindlichen Vorbildstrafen besuchen und dadurch nicht nur den Mannschaften ein überaus schlechtes Beispiel geben, sondern auch ein Versehen an den Tag legen, das weder den Bestreben des Deutschen Reiches als Kulturstaat, noch unseren Anschauungen über das Ansehen des Offiziersstandes entspricht.

Ich bitte, unter Zustimmung der türkischen Polizei, durch Anordnung mit genügender Mannschaft unternommener Streifen diesem Unwesen unter allen Umständen zu steuern. Gegen Lebertreter des obenerwähnten Verbots, gleichgültig welchen Ranges sie sind, aber mit den strengsten Strafen vorzugehen.

Dort tätige Offiziere des deutschen Reiches, ebenso solche deutsche Offiziere, welche sich durch Zuziehung von Geisteskranken für die Ausübung des Dienstes untauglich machen, sind mir sofort zur Verstrafung zu melden.

Ich wiederhole meine dringende Bitte, mir in Aufrechterhaltung der Disziplin Ihre weitgehendste und energischste Unterstützung zuteil werden zu lassen.

Für die Mächtigkeits:
Kerfel, Hauptmann.
Der deutsche Stappen-Inspektor
gez. v. Klesing, 1. o. Oberlieutenant.

Wenn man nun glaubt — so schreibt uns der Einsender dieses Schriftstücks, der als Patronenführer oft persönlich solche Vorbildstrafen überreicht hat —, daß durch diesen Erlaß die Ausnahmeweisungen der Offiziere nachgelassen hätten, so irt man sich gründlich. Im Gegenteil, in den Vorbildstrafen wurden die tollsten Organe weiter gefeiert, Wein und Sekt floß dort in Strömen, während die deutschen Truppen an der Kasimianfront bei über 75 Grad Hitze und noch mehr, mitunter tagelang nicht einen Schluck Wasser über ihre Lippen bringen konnten.

Unbändiges aus Reinickendorf.

In bekannter „unbändiger“ Weise benahmen sich wieder einmal eine Anzahl linksradikaler Versammlungsbesucher am Mittwoch in einer Reinickendorfer Versammlung, in der Genosse Heßmann referierte. Schon während des Referats, als Genosse Heßmann den Unabhängigen Aeußerungen von Hilferding, Kautsky usw. entgegenstand, luden sie die ihnen unangenehme Wahrheit durch wüsten Lärm zu erlösen, was ihnen jedoch nicht gelang. In der Diskussion begabte sich der Tumult. Ein Diskussionsredner aus Reinickendorf erwiderte auf den Widerspruch, daß die Regierung am 18. März ausgerufen ist, schlaffertig, dann hätte die Regierung jedenfalls nichts anderes gemacht als gewisse Reinickendorfer Unabhängige. Darauf kürzte eine Horde wutentbrannt das Podium und suchte den unbewussten Sprecher mit Gewalt herunterzuholen. Der Besonnenheit und Energie unserer Genossen gelang es jedoch, die Versammlung wieder herzustellen. Als nun der Referent das Schlußwort erließ, zeigte sich der Selbstmitleid dieser Versammlungshörer im hellen Lichte: sie ergriffen das Halbespanier, um die Abrechnung mit ihrem Verhalten nicht mit anhören zu müssen. Verschiedene unabhängige Führer am Rednerpult der Versammlungsleitung wie Bedauer und Riffallen über das Verhalten ihrer eigenen Parteigenossen aus, ohne freilich den Mut zu finden, diesen selber den Standpunkt klar zu machen. — Die Reaktion löst sich über solche Vorkommnisse ins Publikum. Solches Auftreten bedeutet nur Helfersdienste für Westarp und Genossen.

Herr Stinnes überall. Die ersten Vorschläge zum Reichswirtschaftsrat sind eingelaufen. Vom Reichshofrat wurde als Spitzenkandidat Herr Hugo Stinnes, Mitglied der Deutschen Volkspartei und Anführer der öffentlichen Meinung, genannt. Die Deutsche Volkspartei nennt sich bekanntlich die Partei des Wiederaufbaus. Die Arbeiter werden wissen, was sie von einem solchen Arbeiterbevollmächtigten zu erwarten haben, nämlich Kaufbau der labilsten Wirtschaft in einem Umfange, wie wir sie selbst in Wilhelm's Zeiten nicht erlebt haben.

Die Sünden der Schwerindustrie. In unserem Bericht in der heutigen Morgenansage über die Kriegsmetalberichterungen der Schwerindustrie ist ein Druckfehler enthalten. Der Herr, der das wertvolle Eingeländnis von der Kriegsspekulation der Auslandsstellen machte, heißt Dr. H. W. Reichert. Wertvolles Material enthält über diese Fragen die Schrift des Genossen Anton Saternus: „Die Schwerindustrie in und nach dem Kriege“, auf die wir noch zurückkommen werden.

Sie rufen ab. Auf den Kreisen der Bayerischen Volkspartei wird erklärt, daß diese Partei mit der Veröffentlichung des bayerischen Bürgerblocks über eine angebliche Einheitsfront der bürgerlichen Parteien im Wahlkampf nichts zu tun hat. Kehulche Erklärungen sind von den Demokraten und von der Mittelpartei abgegeben worden.

Groß-Berlin

Frauenwahl.

Ich traf sie nach langer Zeit wieder, Lottchen, die Freundin meiner Jugend. „Wie geht's denn?“ fragte ich freudestrahlend. „Noch immer glücklich in der Ehe? Was machen die Kinderchen?“

Sie sah mich halb erzürnt, halb kummervoll an. „Reizt du denn nicht? Er hat mich und die Kinder verlassen. Er ist ein schlechter Mann. Ich habe mich in seiner Wahl gründlich geirrt.“ „Siehst du, Lottchen,“ sagte ich und nahm sie bei der Hand. „Du hast auf guten Rat damals nicht gehört. Du tappst wahllos in dein Verderben.“

„Ich war halt jung,“ erwiderte sie. „Bei zunehmendem Alter wird man klüger.“

Wir redeten über dies und das und kamen auch auf die Wahlen zu sprechen.

„Welche Partei gehst du am 6. Juni zu wählen?“

„Darüber habe ich, offen gestanden, noch nicht nachgedacht. Wahrscheinlich wähle ich die Deutsche Volkspartei.“

„Warum?“

„Weil sie, wie überall zu lesen steht, die Partei des Wiederaufbaus ist.“

„So?“ erwiderte ich. „Als du dich vorhin über die schlechte Wahl in deiner Ehe beklagtest, meinst du, mit zunehmendem Alter klüger geworden zu sein. Das bestritte ich. Die Wahl, die du jetzt zu treffen hast, wird über deine und deiner Kinder Zukunft entscheiden. Wiederum aber bist du leichtsinnig und traust leeren Versprechungen, genau so, wie damals bei der Wahl deines Gatten. Du sagst, die Deutsche Volkspartei ist die Partei des Wiederaufbaus.“

Wessen?

Des schädlichen Alten!

Die Sozialdemokratie aber ist die Partei des Aufbaus!

Des lebenskräftigen Neuen!

Lucian.

Projektierte Friseurzelle in Berlin.

Durch den Streik der Friseurgehilfen treten die fliegenden Barbierstuben als besondere Sireenart in Erscheinung. Von seiten des Publikums erkreuten sich diese Einrichtungen einer lebhaften Sympathie, was auch durch die Einnahmen für die Streikkasse bestätigt wird. In einigen belebten Stadtteilen, wo Restaurationen in fliegende Stuben umgewandelt worden sind, erreichten die Tageseinnahmen bei vier Arbeitkräften die Höhe von 300 M. Davon fließt die Hälfte in die Verbandskasse, während der übrige Teil unter die Arbeitkräfte verteilt wird. Obgleich keiner der Kunden verpflichtet ist, die Streikkasse zu unterstützen, genügen die hohen Tageseinnahmen von der freiwilligen Opferfreudigkeit des Publikums, da es letzten Endes den Vorbehalt in Form einer Preisermäßigung hat. Die Verbandseitung plant, die Einrichtung der fliegenden Barbierstuben dauernd in Erscheinung treten zu lassen, was einer Art Sozialisierung des Friseurgewerbes gleichkäme. Vorläufig weist die Verbandseitung nicht die erforderlichen Mittel auf, um die nötigen Anschaffungen vorzunehmen zu können. Es besteht aber die Aussicht, daß namentlich auf belebten Plätzen, wie z. B. dem Witznbergplatz und dem Potsdamer Platz, Friseurzelle errichtet werden, wo das Publikum Gelegenheit hat, sich für verhältnismäßig geringe Preise der Barbierkunst zu unterziehen. Die Preise für Haarschneiden und Rasieren würden dann 125—150 bzw. 75 Pfennig betragen.

Banknotenzauber.

Ein Banknotenvervielfältiger, der, mit einer besonderen Maschine ausgerüstet, erklärte, aus je zwei Tausendmarktscheinen drei machen zu können, wurde von der Reichsbank-Falschgelddabteilung in einem Kaufmannsamt aus Potsdam, der zuletzt in Chemnitz wohnte, verhaftet. „Arbeitete“ mit einer Maschine, die die vervielfältigten Tausendmarktscheine gleich in ganzen Paketen lieferte. In Wirklichkeit war es ihm nur darum zu tun, von seinen Opfern echte Tausendmarktscheine zu bekommen. Die Pakete, die dafür aus seiner Maschine herauskamen, hatte er vorher schon zurecht gemacht. Sie enthielten nicht Banknoten, sondern wertlose Schnitzel. Ein Ingenieur, der gleich 200 Tausendmarktscheine besorgen sollte, schöpfe Verdacht und machte die Reichsbank-Falschgelddabteilung auf den Verhafteten aufmerksam. Auf den Schwindel sind jedoch schon seit Jahren ohne Zweifel viele harmlose Leute hineingefallen. Bis jetzt haben sich vier Personen gemeldet, denen allein schon 26300 M. abgenommen wurden. Drei von ihnen sind Pferdehändler. Der eine gab 8500 Mark her, in der Hoffnung, das anderthalbfache wieder zu bekommen, und ließ die Maschine in seiner eigenen Wohnung „arbeiten“. Er erhielt aus dem Rastfen der Maschine ein dickes, noch feuchtes Paket mit der Weisung, es nicht vor Ablauf von 12 Stunden zu öffnen. Diese Zeit mußte genau eingehalten werden. Denn sonst, betonte der Vervielfältiger, vermindern sich die Farben und die Scheine seien unbrauchbar. Dem Manne wurden die 12 Stunden sehr lang. Vorüberwiegend öffnete er die Dülle sehr behutsam, fand aber darin nicht einmal vervielfachte Banknoten, wie er sich gefürchtet hatte, sondern nur Papierfälschel, an denen nichts zu verdienen war. Das einzige, was der Pferdehändler für seine acht 8000 Mark erhielt, war die Vervielfältigungsmaschine, mit der er allerdings nichts anfangen wollte. Eine ganze Reihe weiterer Fälle, die Beweise von den Dummten ablegen, die nicht alle werden, spielten sich ähnlich ab.

Quartiernot der Wanderer.

Einstmole war die obige Frage eine Kleinigkeit und der Berliner Tourist in näherer und weiterer Umgebung Berlins ein gern gesellener Geselle. Für wenige Pfennige stellte man ihn Bett oder Scheune zur Verfügung. Aber heute, so schreibt man uns aus Wandererkreisen, bekommt man selbst für Geld und gute Worte kein Quartier. Die ein Bettler muß man von Haus zu Haus und oft aus dem Ort ziehen, um im Walde sein Bett aufzuschlagen. Bei tagelang sonnigem Wetter ist das Bett das vornehmste Quartier, denn es bindet den Touristen nicht an die Lebensgewohnheiten seines Quartiergebers. Die oft ihm mit das Lied „Wer recht in Preußen wandern will, der geh der Sonn entgegen“ so recht zum Bewußtsein. Meine Zellen sollen ein Wohnort an alle Arbeiterfamilien und Wanderer sein, nicht in der Herstellung von Vereinszungen ihre Kräfte aufzureiben, sondern eine Verständigung in praktischen Zielen der Touristenorganisation zu suchen. Die Schaffung von Hütten und Quartieren muß an erster Stelle stehen und nicht die Herausgabe von Touristenzeitungen, deren finanziellen Schwierigkeiten die Vereine verbluten.

Wählerversammlungen in Lichtenberg heute abend 7½ Uhr im Festsaal des Reform-Gymnasiums, Parfau. Referent Genosse Wissell, und im John-Realgymnasium, Markstr. Referent Genosse Bernhard Kauch.

Mordtaten während der Pfingsttage. Nachträglich werden aus der Aktion zwei Mordtaten gemeldet, die in der Nähe von Stendal verübt worden sind. In der Nacht zum zweiten Pfingsttag wurde an der Tür des Geschäftes des Bauerngutbesizers Kugel-Bellau gefloht. Der Gutbesitzer, welcher glaubte, daß sein Gefährte, welches einem Tanzergewinn beigegeben hatte, zurückkehrte, öffnete die Haustür und erzielte sofort mehrere Schüsse in den Kopf, die sofort den Tod des K. herbeiführten. Die Täter, zwei Burschen im Alter von 18 bis 20 Jahren, entwanden das Hochrad des Erschossenen und gaben dann noch von der Straße aus mehrere Schüsse ab. Die Körper wurden sofort verpackt und es entspann sich nun ein Auszug des Dorfes ein Feuerweh, das jedoch resultatlos verlief. Den Verdachten gelang es, zu entkommen, um bald darauf allem Anschein nach eine zweite Mordtat zu begehen. — Am zweiten Pfingstfeiertag morgens begab sich der Gutbesitzer Albert Schütte aus Hennigsdorf nach Rehdorf-Austrand. Als er am Mittag noch nicht zurückgekehrt war, wurde nach ihm gesucht und abends fand man die Leiche des Sch. in einem Kornfeld mit einem Schuß durch den Kopf auf. Das Gewehr, das Fernglas, das Portemonnaie und die Schüssel fehlten. Es wird angenommen, daß die beiden Verbrecher, die den Mord in Bellau begangen haben, auch hier als Täter in Frage kommen.

In der oberen Gärtnerlehranstalt Berlin-Dahlem findet in der Woche vom 14. bis 19. Juni d. J. ein Lehrgang für Obst- und Gemüsehervwertung statt. Außerdem ist für die Zeit vom 12. bis 21. Juli d. J. ein Lehrgang für Obst- und Gemüsehervwertung für Haushaltungslehrerinnen eingerichtet, an dem in beschränkter Anzahl auch Privatpersonen teilnehmen können. Von besonderer Bedeutung in diesen Lehrgängen ist das Einmachen ohne Zucker. Anmeldungen sind umgehend an den Direktor der oberen Gärtnerlehranstalt Berlin-Dahlem einzureichen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 27. Mai:

Friedrichshagen, 7½ Uhr, in Conrad's Restoran, Friedrichstraße: Öffentliche Volksversammlung. Lehrer Emil Kuntz spricht über „Warum wählen wir sozialdemokratisch?“

Morgen, 28. Mai:

Achtung, Polizeibeamte! Alle Ob- und Vertrauensmänner der Frauen, grünen und Roten-Kolleg werden zu wichtigen Besprechungen, 7 Uhr, Loderlands Restoran, Neue Friedrichstr. 2, Zimmer 6, eingeladen. Erscheinen ist Pflicht! Kommt, Vertreter senden.

Gewerkschaftliche Angelegenheiten über Branden. Öffentliche Wählerversammlungen, vom 10 Uhr, außerdem auch Montag, 31. Mai, abends 11½ Uhr, im Café Stern, Dramenburger Tor. Tagesordnung: Wen wählen wir zum Reichstag? Referenten: Stadtrat Müller, Berlin; Frau Clara Böhm, Schuch, R. d. R.; Kollege Feig, Saar, Berlin.

Sozialdemokratische Lehrer.

Die Sitzung des Hauptausschusses der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer wurde am 26. Mai fortgesetzt. Den Hauptteil der Beratungen des zweiten Tages nahen die Aufstellung von Richtlinien (Wünscheforderungen) für die sozialdemokratischen Vertreter auf der Reichskonferenz ein. Für den Schulaufbau einige man sich auf den eigentlichen Schulbeginn mit dem liebsten Lebensjahre, vorhergehenden obligatorischen Kindergarten vom fünften Lebensjahre an, eine mindestens sechsjährige Grundschule und drei darauf aufbauende sechsstufige Oberschulen. In der Frage der Lehrerbildung soll grundsätzlich an der einheitlichen Ausbildung aller Lehrer auf der Universität festgehalten werden.

Die Teilnehmer der Hauptausbildung hatten Gelegenheit, am Abend an einer öffentlichen Lehrerversammlung in den Sophienhöfen teilzunehmen, in der die Genossen Heinrich Schulz-Berlin und Schulz-Hamburg sprachen. Diese bis auf den letzten Platz gefüllte Versammlung gestaltete sich zu einer machtvollen Kundgebung der Berliner Lehrerschaft für die Sozialdemokratie als die Trägerin ihrer Ideale und Forderungen.

Sie kaufen weiter...

Wie verlautet, hat der Konzern der Firma Otto Wolff, der von Thyssen geführt wird, in Köln das bekannte Korrespondenzbureau Dr. Dammer angekauft bzw. unter seinen Einfluß zu bringen gewollt. Das Unternehmen soll profitorientiert ausgebaut und in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden.

Unrechtere Pöferrustion. Kein Mittel ist den Deutschen nationalen niedriger genug, um es zu ihrer stempellosen Wahloperation zu missbrauchen. So wird uns von der Redaktion unserer westfälischen Parteiblattes „Das freie Wort“ mitgeteilt, daß in unsere dortige Parteipresse deutsch-nationale Flugblätter, während die Postungen zum Verkauf bei der Post lagen, freigegeben worden sind. Es ist Aufgabe der zuständigen Stellen, sofort diese unrechtmäßigen Vertriebsmittel durch unläutere deutsch-nationale Elemente von Amts wegen ein Ende zu machen. — Die Parteigenossen verhalten es sich, die deutschen nationalen Wische in ihrer Zeitung vorzufinden.

Wirtschaft

Deutsche Arbeit mit französischem Geld für Rumänien.

Ein französisches Finanzkonkordatium soll in Verhandlungen stehen, um an deutsche Mühlenbauanstalten Aufträge im Betrage von rund 60 Mill. M. zu vergeben. In der Hauptsache handelt es sich um Aufträge mit kurzen Lieferungsfristen, wozu Aufbaue der rumänischen Mühlenbetriebe. Dieser Aufbaue soll zwar von französischer Seite finanziert, aber in Deutschland ausgeführt werden. Tatsächliche Abschlüsse fanden noch nicht statt, in der Hauptsache wohl wegen der zurzeit ungewissen Valutagesituation; andererseits auch, weil infolge der großen Schwierigkeiten in der Material- und Kohlenbeschaffung es bisher sehr schwer hielt, die vorliegenden großen Aufträge auszuführen. So trat zum Beispiel die Mühlenbauanstalt Sed in Dresden feinerzeit mit einem Auftragsbestande von 15,87 Millionen Mark, gegenüber nur 8,69 Millionen Mark im Jahre vorher, in das neue Geschäftsjahr ein.

Die drei großen deutschen Mühlenbauanstalten Sed, Dresden, Luther und Kame, Giesecke u. Königen in Braunschweig sind vor dem Kriege hervorragend an der Ausführung beteiligt gewesen, später mit 60 Proz. und mehr. Die schönsten und größten automatischen Mühlen in allen Weltgegenden sind von den Deutschen erbaut worden. Leider haben sich diese großen deutschen Industriefirmen früher in unvorteilhafter Weise Konkurrenz gemacht und sich durch Unterbietungen nicht nur die Preise verdrängt, sondern sich auch so schwere Garantiedingungen aufgeladen, daß oft schwere Verluste das Endergebnis solcher Aufträge waren.

Es bestand zwar seit langem ein Unternehmerverband, aber der Ehrgeiz der leitenden Persönlichkeiten ließ ein verständiges und einseitiges Zusammenarbeiten insbesondere den Ausländern gegenüber nicht aufkommen, so daß selbst bei Vergütung der kleinsten rumänischen Mühle die drei Vertreter der drei deutschen Firmen sich um den Auftrag stritten und einer den anderen vor dem schlaun Orientalen an tiefen Wädlingen zu überbieten suchte. Das war eine betrübliche Erscheinung des freien Wettbewerbes. Hoffentlich sind die Herren Leiter dieser großen Unternehmungen heute in der Erkenntnis so weit fortgeschritten, daß sie sich für das Ausführungsgeschäft wenigstens eine gemeinschaftliche Verkaufsorganisation schaffen, um die Interessen der deutschen Volkswirtschaft besser zu wahren, als es früher geschah. Das Trennende lag nicht bei der Angestellten- und Arbeiterkraft, sondern bei der Fäheren der Unternehmer, von denen jeder Kleinmännchen sein wollte. Hoffen wir, daß der Gemeinheitsgedanke auch bei diesen für unsere Wirtschaft so wichtigen Unternehmungen siegen wird. —astr.

Verflechtung von Teigwaren. Durch die Presse ging die Nachricht, die Teigwarenfabriken müßten auf Veranlassung der Reichsgetreidebehörde ihren Betrieb einstellen und würden erst in zwei Jahren wieder eröffnen können. Diese Mitteilung ist in dieser Form unrichtig. Das Reichsministerium ist im Einvernehmen mit der Reichsgetreidebehörde bemüht, eine Befreiung der Betriebe so schnell wie möglich wieder herbeizuführen. Eine Einstellung ist nur vorübergehend erfolgt. Nicht nur die Teigwaren, sondern auch die anderen Nahrungsmittelbetriebe sind alsbald wieder mit Werk und Getreide zu betreiben, sobald die Lage der Brotgetreideversorgung es erlauben gestattet. Nach Eingang der vom Ausland gelauften Getreidemengen, deren Herkunft namentlich infolge des Holsteiner Hafenarbeiterstreiks verzögert worden ist, erfolgt eine Befreiung der Teigwarenfabriken sobald wie irgend möglich.

Gewerkschaftsbewegung

Bevorstehende Einigung im Berggewerbe.

In einer Sitzung im Reichsarbeitsministerium unter dem Vorsitz des Geheimrats Sigher ist am gestrigen Mittwochmorgen nach mehrstündiger Beratung eine Einigung gefunden worden, die gezeichnet erscheint, den am 1. Juni drohenden Ausbruch des Generalstreiks im Berggewerbe in letzter Minute hintanzubehalten. An den Beratungen nahmen teil Vertreter des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bergbeamten, des Deutschen Bergbeamtenvereins und Vertreter des Reichsverbandes der Bergleistungen. Das Ergebnis der Verhandlungen wurde seitens des Reichsarbeitsministeriums in folgende Punkte zusammengefaßt:

1. Sämtliche Angestellte erhalten zu dem nach der Neuordnung bewilligten Gehältern vom 1. Februar 1920 ab monatlich im voraus eine besondere Teuerungszulage, und zwar in Ostklasse 1 für Beamtenehe 800 Mk., für Ledige 200 Mk., für Beamtenehe und Beamten 75 Mk.; in Ostklasse 2 285, 190 und 70 Mk.; in Ostklasse 3 270, 180 und 65 Mk.; in Ostklasse 4 250, 170 und 60 Mk. und in Ostklasse 5 240, 160 und 55 Mk. Die auf Probe Angestellten erhalten die besondere Teuerungszulage, sobald sie mindestens 3 Monate in der Bergleistung sind. Auf die besondere Teuerungszulage kommen in Anrechnung die seit dem 1. Februar 1920 bereits örtlich bewilligten oder durch Schiedsgericht schon festgesetzten über die Neuordnung hinausgehenden

Berliner Wähler, die verreisen,

müssen sich, um die Berechtigung zur Wahl auch in ihrem Reiseaufenthalt zu besitzen,

in Berlin, Stralauer Straße 44, einen Wahlschein ausstellen lassen

Zulagen. Die Teuerungszulagen werden bei der endgültigen tariflichen Regelung auf die darin bewilligten Sätze angesetzt.

2. Die Verhandlungen über einen endgültigen Reichsarbeitsvertrag beginnen spätestens am 15. Juni 1920 auf Einladung des Reichsarbeitsministeriums. Die Verhandlungen finden vor dem gleichen unparteiischen Kollegium statt wie die letzten Schlichtungsverhandlungen. In den besetzten Gebieten ist zu den Tariffragen ein der Höhe nach zu bestimmender prozentualer Zuschlag zu gewähren.

3. Nach Annahme dieser vorläufigen Regelung sind örtliche Arbeitskämpfe unverzüglich einzustellen. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden, es sei denn, daß eine strafrechtlich geahndete Verletzung vorliegt. Bis zum Erlaß eines Urteils erster Instanz kann Entbindung vom Dienst unter Fortzahlung der Bezüge stattfinden. Eine Vergütung der Streiktage findet nicht statt. Es wird empfohlen, wegen des Verdienstaufschlags Vorsätze zu gewähren.

4. Die vorläufige Regelung gilt bis zum Zustandekommen eines Reichsarbeitsvertrags, längstens jedoch bis zum 31. August 1920.

5. Die Annahme der vorläufigen Vereinbarung teilen die Verbände dem Reichsarbeitsministerium und sich gegenseitig bis spätestens Sonntag, 30. Mai einschließlich, mit.

Tarifverhandlungen der Maler.

Die auf Grund des Reichstaris über gewisse Punkte der Arbeitsbedingungen zu führenden örtlichen Verhandlungen fanden am Pfingstsonntag mit den Berliner Arbeitgebern vor einem vom Reichsarbeitsministerium eingesetzten Schiedsgericht statt. Wie am Mittwoch in einer Mitgliederversammlung des Malerverbandes berichtet wurde, ist für Berlin die 47stündige Arbeitszeit festgesetzt worden, während die Arbeiter 48 Stunden gefordert hatten. In allen anderen Punkten konnten die Arbeiter keine über den Reichstaris hinausgehenden Verbesserungen erreichen. Da auch hinsichtlich der Zulage bei Landarbeit keine Verständigung erzielt werden konnte, hat der Schiedsgericht festgesetzt, daß die Zulage in jedem Falle der freien Vereinbarung unterliegt. Es ist nun Sache der Kollegen, Landarbeit nur dann anzunehmen, wenn ihnen die geforderte, den Zeitverhältnissen entsprechende Zulage gewährt wird.

Delegiertenversammlung der Afa.

Dieser Tage fand nach der erfolgten Reorganisation der Afa die erste Delegiertenversammlung statt. Die Reorganisation war nötig geworden durch das sich mehr und mehr erweiternde Tätigkeitsgebiet der Afa. Das bisherige Sekretariat, entstanden als Geschäftsstelle des früheren Zentralausschusses der Angestelltenvereine Groß-Berlin, existiert als solches nun nicht mehr. Es ist ersetzt worden durch die Geschäftsstelle des Ortsartikels Groß-Berlin der Afa. Die Leitung liegt in den Händen der noch früheren Geschäftsstellen von den drei Hauptverbänden delegierten Geschäftsführer Plata u. vom Zentralverband der Angestellten, Liebeskind vom Bund technischer Angestellten und Beamten, Reinsberg vom Deutschen Werkmeisterverband.

Die Delegiertenversammlung genehmigte den vorgelegten Kostenantrag und beschloß eine Erhöhung des Umlagebeitrags. Sie wählte gleichzeitig aus den Reihen der Delegierten einen Arbeitsausschuß, der jetzt nur noch aus ehrenamtlichen Kollegen besteht und in dem neben den drei Hauptverbänden noch vertreten sind der Angestelltenverband des Buchhandels, Buch- und Zeitungsgerwerbes und für das Bürgengewerbe die Genossenschaft deutscher Bühnengehörigen. Die Organisation des Ortsartikels ist nunmehr aufgebaut wie die der Berliner Gewerkschaftskommission, mit der sie in Zukunft in engerer Fühlungnahme zusammenarbeiten wird, insbesondere bei der Erfassung der Betriebsräte.

Weiter wurden in der Delegiertenversammlung die Gehälter der Angestellten des Ortsartikels neu geregelt und zum Schluß folgende Entschlüsse als Extrakt der vorausgegangenen Debatten angenommen:

1. Die Afa-Delegiertenversammlung stellt fest, daß eine Propaganda einer anderen Art der Organisation der Betriebsräte jedem Mitgliede innerhalb seines Verbandes unbenommen bleibt. Die Mitwirkung an einer anderen dem Afa-Beschluß widersprechenden Organisation oder die Bildung einer solchen ist dagegen unzulässig.
2. Die Afa-Delegiertenversammlung beauftragt den Arbeitsausschuß des Ortsartikels, den Zusammenschluß der Betriebs- und Angestelltenräte nach dem Beschluß der Versammlung vom 20. April 1920 so sehr wie irgend möglich zu beschleunigen.

Der Gewerbeinspektor und das Betriebsrätegesetz.

Einzelne Paragrafen des Betriebsrätegesetzes versuchen die Unternehmer so auszulegen, wie sie sie ausfüllen. Nicht selten enthalten ja hierfür die letzten Nummern der „Arbeitsgeberzeitung“ und die Rundschreiben einzelner Unternehmerverbände, z. B. die des Verbandes Berliner Metallindustrieller. Wir freuen uns nun einmal, eine Entscheidung des Gewerbeinspektors veröffentlicht zu

können, die nicht völlig den Spuren der Unternehmer folgt. Bei der Differenz, die vorläufig vom Gewerbeinspektor entschieden wurde, handelt es sich darum, ob Firmen die Kosten notwendig werdender Betriebsversammlungen zu tragen hätten. Die Entscheidung vom 14. Mai d. J. lautet:

Der Zusammenhang zwischen Geschäftsführung von Angestelltenversammlung und Angestelltenrat ist im vorliegenden Falle ein so enger, daß letztere ohne die erstere nicht möglich ist. Die Kosten für die Geschäftsführung des Angestelltenrats sind nach dem Gesetz dem Arbeitgeber aufzulegen. Sie darf dadurch nicht unnötig gemacht werden, daß der geeignete Raum für die Angestelltenversammlung nicht zur Verfügung steht, bzw. die Kosten für dessen Miete nicht gedeckt werden können. Der Arbeitgeber hat daher im vorliegenden Falle, sofern er einen geeigneten Raum nicht zur Verfügung gestellt hat, die Kosten der Miete zu tragen.

Aus aller Welt.

Die sterbende Stadt.

Kopenhagen, 26. Mai. Laut „Berlingske Tidende“ berichten die russischen Zeitungen von einer förmlichen Massenflucht aus dem hungernden Petersburg. Durchschnittlich 1500 Menschen verlassen täglich die Stadt. Dadurch ist ein bedeutender Mangel an Arbeitskräften entstanden. Die Sowjetbehörden haben ein dreifaches Verbot für Männer von 18 bis 60 Jahren und Frauen zwischen 15 und 40 Jahren angeordnet.

Rebellischer Agrarier. Das Weeslauer Oberpräsidium teilt mit: Ein Rittergutsbesitzer mußte in eine Dornsträucher von 1000 M. genommen werden, weil er grundlos der mit einem ordnungsmäßigen Ausweise der zuständigen Behörde versehenen Kommission die Auswahl von Schafen aus seiner Herde zum Zweck durch den Friedensvertrag geforderten Ablieferung verweigerte. Daneben hat er noch die Einleitung eines Strafverfahrens wegen Vergehens gegen die zur Ausführung des Friedensvertrages erlassenen Befehle zu gewärtigen. — Die Schafe beläme er noch gut bezahlt!

Rechnung für den reaktion. Teil: Geis Raitzer, Tempelhof; für Kneiser: E. Glase, Berlin. Verlag: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin.

Gewinn-Auszug

15. Preuß.-Stätt. (241. Preuß.) Klassen-Lotterie

5. Klasse. 25. Ziehungstag. 26. Mai 1920.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Los- und die gleiche Nummer in den beiden Abteilungen I und II

(Das Stroh), (Kaufrecht verboten.)

In der Vermittlungsziehung wurden Gewinne über 240 Mark gezogen.

4 Gewinne zu 10000 M	80015	161895
4 Gewinne zu 5000 M	161192	164248
78 Gewinne zu 2000 M	1607	1599
44018	58771	60951
104717	106835	110705
141250	140003	165879
221409	224078	229758
160 Gewinne zu 1000 M	1480	6010
19265	22544	23788
64370	69251	70781
88441	89008	89395
135541	135587	134902
182759	183333	188443
177763	177322	178247
202833	202181	206129
254 Gewinne zu 500 M	615	8248
18586	19717	19833
50725	50550	53723
10190	58997	61073
64281	68149	67017
83831	80318	87977
107143	109480	110372
120067	122328	123941
162006	160227	166256
171682	171296	177330
198520	198838	192217
209908	212012	213183
220990	220735	
4 Gewinne zu 40000 M	4781	203568
4 Gewinne zu 10000 M	10270	220128
6 Gewinne zu 5000 M	70781	175593
80 Gewinne zu 2000 M	6208	18019
87631	86360	40128
110459	111000	112558
146003	146148	148790
200250	212136	218995
158 Gewinne zu 1000 M	488	688
25044	24489	41893
54448	54488	58210
78995	78430	80125
115131	122114	122348
186144	188390	200009
164758	168441	170700
184178	186619	188246
214647	218295	221028
190 Gewinne zu 500 M	2108	5878
17690	20224	20434
64825	65000	67014
84823	82325	83300
104916	104826	105110
124214	127148	128160
182184	181707	187941
181036	181071	190890
220874	204021	214776
229294	224821	220779
232278	232777	

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 240 Mark gezogen.

4 Gewinne zu 40000 M	4781	203568
4 Gewinne zu 10000 M	10270	220128
6 Gewinne zu 5000 M	70781	175593
80 Gewinne zu 2000 M	6208	18019
87631	86360	40128
110459	111000	112558
146003	146148	148790
200250	212136	218995
158 Gewinne zu 1000 M	488	688
25044	24489	41893
54448	54488	58210
78995	78430	80125
115131	122114	122348
186144	188390	200009
164758	168441	170700
184178	186619	188246
214647	218295	221028
190 Gewinne zu 500 M	2108	5878
17690	20224	20434
64825	65000	67014
84823	82325	83300
104916	104826	105110
124214	127148	128160
182184	181707	187941
181036	181071	190890
220874	204021	214776
229294	224821	220779
232278	232777	

Feinsten Bohnenkaffee
erhalten Sie im Haushalt, auf Reisen u. Touren bei Verwendung von **Kaffeebündeln**
Überall erhältlich
ALLEINIGER FABRIKANT
KARL KAZENMAIER STUTTGART

Verkäufe
Gesellschaft 68, 50, 92, 50, 45, —, Seidenladen, Büchereiamt 72, 50, Seidenladen, Wollschiff 123, —, Kallweit, Charlottenburg, Wilmersdorf 94 II.

Sakelmaier, Cutomans, Polster, Sofas, Rohstoffe, Möbel, bester, neuem Stil, Wollwaren, Wollstoffe, etc.

Wollwaren
Wollwaren, Wollstoffe, etc.

Möbel
Möbel, etc.

Einzelne
Einzelne, etc.

Musikinstrumente
Musikinstrumente, etc.

Fahrräder
Fahrräder, etc.

Kaufgesuche
Kaufgesuche, etc.

Unterricht
Unterricht, etc.

Verschiedenes
Verschiedenes, etc.

Unterricht
Unterricht, etc.